

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FUER DEN ENERGIEARTIKEL
Presseausschuss Postfach 5664 3001 Bern Telefon 031 / 44 58 94

An die Medien der deutschen
und rätoromanischen Schweiz

Bern, 11. Juli 1990 AS/ms1

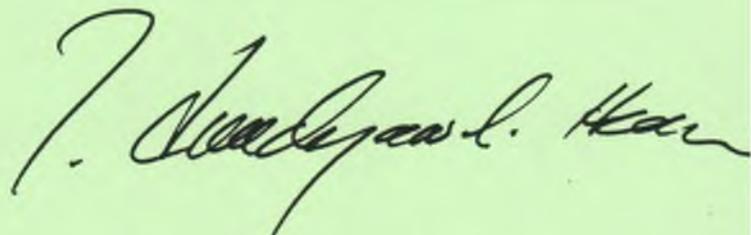
Sehr geehrte Damen und Herren

Statt herrliches Sommerwetter sind uns zur Zeit kühle Tage beschert. Nicht ganz abwegig deshalb, einige Gedanken an unsere Energiepolitik zu verwenden, über die das Schweizervolk im September in dreifacher Weise zu entscheiden haben wird. Neben zwei Initiativen gegen die Kernenergie kommt auch ein Energieartikel zur Abstimmung.

Um Ihnen die Berichterstattung im Blick auf diese wichtigen Entscheidungen zu erleichtern, senden wir Ihnen heute wiederum einige Artikel zur freien Verwendung. VSE-Vizepräsident Franz Josef Harder äussert sich zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Energiepolitik. Zwei weitere Artikel befassen sich mit dem Energiesparen und dem Zusammenhang Atomstrom und Energiesparen.

Wir wünschen auch Ihnen eine gute Sommer- und Ferienzeit und verbleiben

mit freundlichen Grüssen



Jens Lundgaard-Hansen

Beilagen erwähnt

Bemerkungen zum Energieartikel

von Franz Josef Harder

Vizepräsident des Verbands Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE)

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs und des Wandels. Die Gefahr ist gross, die Orientierung nach den grundsätzlichen Zielen und Werten zu verlieren. Dies gilt ganz besonders für die Energiepolitik, bei der nach den jahrelangen Debatten nun endlich die entscheidende Weichenstellung und die Zeit des aktiven Handelns folgen sollten.

Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik sind als Ganzes zu sehen. Ein besseres Verständnis für die technisch-wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhänge ist die Voraussetzung dafür, dass wir die Zukunftsprobleme unseres Landes meistern können.

Die Sicherung einer preisgünstigen, sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung stellt für unser an Rohstoffen armes Land eine der wichtigsten Aufgaben dar. Wir sind heute und in Zukunft auf alle verfügbaren Energiequellen angewiesen. Es kommt aber auf die richtige Mischung, den "Energie-Mix", an: Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und Nachwelt sind in diese Ueberlegungen miteinzubeziehen.

Zur Verwirklichung einer solchen ganzheitlichen Energiepolitik sehe ich den neuen Energieartikel als eine taugliche Basis.

Der Energieartikel wird von der Elektrizitätswirtschaft bejaht, weil er die Grundlage einer sinnvollen Energiepolitik für alle Energien darstellt und zugleich den Sparwillen deutlich macht. Die Option für einen Ausbau der Kernenergie bleibt aufrechterhalten. Der Energieartikel ist zugleich die Grundlage zur Förderung neuer Energietechniken und zum rationellen Energieeinsatz. Er überträgt dem Bund massvolle Kompetenzen.

Mit diesem Verfassungsartikel besteht die Chance, das Ziel einer konsensfähigen, vernünftigen Energiepolitik in unserem Land doch noch zu erreichen. Er ist auch die Grundlage für eine echte Interessenabwägung der zum Teil divergierenden Ziele (Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit).

Der Energieartikel verzichtet auf Eingriffe in die Tarifhoheit und auf Lenkungsabgaben.

Die in Zusammenarbeit mit den Kantonen und der Wirtschaft angelaufenen Bestrebungen zur rationellen Energieanwendung können mit dem Energieartikel konsequent weitergeführt werden, ohne in einen extremen Interventionismus auszuarten. Wir erwarten, dass der Energieartikel bei der Ausarbeitung des nachfolgenden Energiegesetzes nicht für gesellschaftspolitische Zwecke missbraucht wird.

Ob der Energieartikel - nachdem die erste Vorlage 1983 am Ständemehr gescheitert ist - diesmal die Hürde der Volksabstimmung nehmen wird, ist ungewiss. Scheitert der Energieartikel im Kreuzfeuer von Links und Rechts, ist die Chance für eine langfristige Weichenstellung in der Energiepolitik wieder für Jahre vertan! Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft setzt sich deshalb für die Annahme des Energieartikels ein, wird aber mit grosser Wachsamkeit die anschliessende Gesetzgebung verfolgen.

Energie spart sich nicht selber

Das Zauberwort der Energiepolitik heisst Energiesparen. Mit Energiesparen soll in Zukunft auf Kernenergie verzichtet werden können. Mit Energiesparen soll der weitere Ausbau unserer Wasserkraftanlagen überflüssig werden. Mit Energiesparen soll die Luftverschmutzung bekämpft werden. Die Liste der Ergebnisse des Wunderheilmittels Energiesparen liesse sich fast beliebig verlängern. Das Motto der energiepolitischen Zukunft heisst Energiesparen.

Leider sieht die Realität anders aus. Der Energieverbrauch der Schweiz ist weit davon entfernt, sich zu verringern. Experten sagen im Gegenteil ein weiteres stetiges Wachstum des Energieverbrauches voraus. Allzuviel spricht gegen das Energiesparen, die Taten folgen den Worten nicht. So hat beispielsweise ausgerechnet die rot-grüne Zürcher Stadtregierung kürzlich ein Projekt auf Eis gelegt, das die Abwärme einer grossen Abwasserreinigungsanlage zu Heizzwecken nutzen wollte. Grund: Erdöl ist im Moment wesentlich billiger. Trotz gutgemeinter Kampagne des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED) ist der Energieverbrauch in den letzten Jahren stetig gestiegen. Der zuständige Bundesrat Adolf Ogi kann gegen diese Tatsache nicht mehr tun, als jeden Einzelnen zum Energiesparen aufzurufen.

Der neuzuschaffende Energieartikel möchte dies ändern. Er soll die Grundlagen dazu schaffen, dass beispielsweise Energiesparen dort verordnet werden kann, wo auch etwas zu holen ist. So sieht der Energieartikel etwa vor, dass Weisungen und Vorschriften über den Energieverbrauch von Geräten und Anlagen erlassen werden können. Damit sollen Energiefresser ausgeschaltet werden, soll energieschonenden Geräten der Vorzug gegeben werden können. Es ist ja heute vielfach so, dass zum Beispiel beim Einrichten von neuen Mietwohnungen nicht darauf geschaut wird, ob etwa der Einbaukühlschrank oder -Backofen ein Energiefresser sei. Die Stromkosten werden eh dem Mieter überwältigt. Für den Ersteller zählt nur der Profit. Einbaugeräte müssen preisgünstig sein, nicht energieschonend.

Ein anderes Gebiet, wo der Energieartikel Zeichen setzen will, ist die Isolation und die Wirksamkeit von Heizungsanlagen. Dadurch, dass die Heizkosten heute vollumfänglich auf die Mieter einer Liegenschaft überwältigt werden, fehlt für die Ersteller und Besitzer vielfach der Anreiz zu Investitionen in diesem Bereich. Der neue

Energieartikel soll auch hier Grundlage dafür sein, dass die individuelle Heizkostenabrechnung eingeführt werden kann, dass Vorschriften zur Isolation und dem Energieverbrauch von Gebäuden, zur Wirksamkeit von Heizungsanlagen erlassen werden können.

Daneben will der Energieartikel aber nicht nur den Energieverbrauch via Vorschriften und Normen in den Griff bekommen. Er will auch die Grundlage für Projekte der Zukunft bilden. Massnahmen zur Forschungsförderung auf dem Energiesektor, Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen sowie Starthilfen für neue Techniken sollen künftig in vermehrtem Masse möglich sein. Daneben will der Energieartikel auch für die Gebiete der Information und der Berufsausbildung neue Grundlagen setzen. Auch hier soll in Zukunft wesentlich mehr getan werden können.

Auch wenn der neuzuschaffende Energieartikel die eine oder andere Schwachstelle haben mag - welche Vorlage hat die nicht - verdient er doch die volle Unterstützung des Stimmbürgers. Sinn und Zweck des Energieartikels soll es sein, Grundlage einer zukunftsorientierten Energiepolitik - und damit auch einer Energiesparpolitik - zu werden. Wenn diese Energiepolitik die Probleme der Zukunft lösen soll, benötigt sie ein festes Fundament. Ein Fundament, wie es der Energieartikel durchaus ist. Es ist deshalb ein Gebot der Vernunft, diesem Energieartikel am 23. September zuzustimmen.

Matthias Stadelmann

Ja zum Energiesparen - Ja zur Kernenergie

Wieder einmal stehen wir vor einem Tauziehen um die Gestaltung unserer Energiepolitik. Am 23. September hat das Schweizervolk Stellung zu nehmen zu zwei Anti-Atom - Initiativen und zur Einführung eines Energieartikels in die Bundesverfassung. Die beiden Anti-Atom - Initiativen wurden von Bundesrat und den eidgenössischen Räten klar abgelehnt, weil ein zehnjähriger Bewilligungsstopp für Kernkraftwerke nichts bringe und ein Ausstieg aus der Kernenergie nicht verantwortet werden könne. Abgesehen davon, dass trotz Sparanstrengungen in der Schweiz jährlich 40 Prozent des Stromes aus Kernkraftwerken stammen, darf sich die Schweiz nicht länger in ständig wachsende Auslandabhängigkeit begeben.

Sich vertrauensvoll auf weitere Nuklearimporte aus Frankreich, dank derer wir im letzten Winter nicht gefroren haben, ist risikoreich. Niemand kann sagen, ob Frankreich sich auf die Dauer als Stromlieferant der Schweiz etablieren will. Wer in der Energiepolitik sachlich und nicht allein politisch argumentieren will, kann die Tatsache nicht umgehen, dass eine umweltfreundliche Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten nur mit Kernenergie zu bewerkstelligen ist. Wer den Treibhauseffekt wirklich ernst nimmt, kann sich der Einsicht nicht länger verschliessen, dass eine ernstzunehmende Reduzierung der CO₂ - Emissionen ohne Kernenergie nicht möglich ist.

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie ist nach Auffassung von Bundesrat und Parlament eine glaubwürdige Energiepolitik nicht möglich. Die Verwerfung der beiden kernenergiefeindlichen Initiativen ist ihrer Ansicht nach denn auch Voraussetzung für den am gleichen Tag zur Annahme empfohlenen Energiesparartikel. Dem sorgfältigen Umgang mit der Energie muss in den nächsten Jahren grösseres Gewicht beigemessen werden. Um die haushälterische Nutzung der Energie zu fördern, soll der Energieartikel die Kompetenzen für eine vernünftige energiepolitische Gesetzgebung schaffen.

Am 23. September ist es daher sinnvoll, zwei Nein zu den beiden Anti-Atom - Initiativen und ein Ja zum Energieartikel in die Urne zu legen.

(asl)